

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Weckruf fürs Parlament: Bereits 45 % der Österreicher für den AUSTRITT aus der EU!

Dieses sensationelle Ergebnis erbrachte eine vom ÖVP-nahen IMAS-Institut durchgeführte, **repräsentative Meinungsfrage**, die knapp nach der öffentlichen EINTRAGUNGSWOCHE des Volksbegehrens im Juli 2015 erfolgte und über die erst am 16. Oktober von der Tageszeitung „Der Standard“ aufgrund einer APA-Meldung nach außen hin berichtet wurde (<http://derstandard.at/2000023980556/Oesterreicher-weitgehend-Regel-fuer-Zuwanderer-und-Wirtschafts-probleme>). Demnach waren im Juli bereits gleich viele Bürger - nämlich 45 % der Gesamtbevölkerung in Österreich - für den Austritt aus der EU als dagegen. Und das trotz permanenter, täglicher millionenschwerer Propaganda **für** die EU und noch Wochen vor Beginn der Masseneinwanderung nach Deutschland und Österreich.

Damit wird die Forderung auf für die Regierung verbindliche **VOLKSABSTIMMUNG** über den Austritt der Republik Österreich aus der immer weniger „Europäischen“ Union immer dringender. Die Vertreter **aller** Parlamentsparteien haben die rechtlich abgesicherte Möglichkeit, diese Volksabstimmung zu beantragen, entweder im Namen ihrer jeweiligen Fraktion oder quer durch alle Fraktionen mittels des „freien“ Mandats!

Ob sie sie nutzen, werden die nächsten Monate zeigen. Die Frist



Pallas Athene, die „Göttin der Weisheit“ aus der Mythologie des antiken Griechenland, der Wiege der Demokratie, steht nicht zufällig auf der prachtvollen Freitreppe vor dem Haupteingang des Parlaments in Wien. Sie zeigt die innere Verbundenheit der Schöpfer des Parlaments mit der klassischen Antike. Auch das Wort „**Europa**“ entstammt dem klassischen Griechenland, ist über dreitausend Jahre alt und ein Hinweis auf eines der Fundamente der Geistesgeschichte unseres Kontinents; die EU hat mit dieser nicht das geringste zu tun!

für die vorgeschriebenen **Parlamentstermine** zur Erörterung des Austritts aus der EU gemäß des nachgewiesenen Willens der **261.056 Unterzeichner** des Volksbegehrens läuft bis 17.

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Februar 2016; der nächste Termin soll am 3. Dezember stattfinden (noch nicht offiziell bestätigt). Wir werden darüber auf der Webseite www.eu-austritts-volksbegehren.at jeweils aktuell berichten. Das Anliegen kann aber auch **nach** der offiziellen „Behandlungsfrist“ jederzeit aufgegriffen werden und wird weiterwirken, wenn auch die Bürger dabei nicht lockerlassen! Dafür sind viele **eigenständige Aktivitäten der Bürger** nötig, da wir als Betreiber des Volksbegehrens die über eine Viertelmillion Unterzeichner gar nicht erreichen können - nur einen kleinen Teil davon mit der WEGWARTE oder übers Internet. Die Adressen von über 90 % der Unterscriber zwecks weiteren Informationen an diese liegen uns ja nicht vor...

WAS HAT ES MIT DEM „KLUBZWANG“ AUF SICH?

Seit Jahrzehnten stimmen die Parteien im Parlament fast immer „geschlossen“ mit „Ja“ oder „Nein“, d.h. die jeweils 10, 20, 50 etc. Abgeordneten einer Fraktion (eines „Klubs“) vertreten bei allem und jedem die gleich(geschaltet)e Meinung. Angeblich freiwillig, aber in Wahrheit gibt es einen „real

existierenden“ KLUBZWANG, der sowohl verfassungs- als auch demokratiewidrig ist und deshalb niemals offen zugegeben werden wird. Nur ganz selten sickern darüber verklauulierte Andeutungen in den Medien durch. **Wie funktioniert dieser** laut Insider-Berichten? Angeblich über eine Methode, die so perfide ist, daß sich „normale Bürger“ das gar nicht vorstellen können. Jeder, der an wählbarer Position auf eine Kandidatenliste kommen will, muß als Bedingung dafür bei der Erstellung der Kandidatenlisten durch die Parteivorstände eine „**Blanko-Mandatsverzichtserklärung**“ undatiert unterschreiben. Was bedeutet das?

Der Parlamentsklub einer Parteifraktion hat damit von jedem Abgeordneten eine unterschriebene Mandatsverzichtserklärung (= Rücktritt vom Mandat und Ausscheiden aus dem Parlament) in der Schublade, mit der der Mandatar von der Parteiführung **unter Druck gesetzt werden** kann, falls die „Gefahr“ besteht, daß er entgegen der Parteilinie abstimmen möchte, vor allem bei wichtigen Beschlüssen. Er/sie wird sich hüten - und das passiert ja zu nahezu 100 Prozent seit Jahrzehnten laufend, „so was Unerhörtes“ zu tun, da er/sie weiß, daß die Partei jederzeit (vor und nach solchen Beschlüssen) den Mandatsverzicht datieren und

veröffentlichen kann, den der/die Abgeordnete „vorsorglich“ blanko unterschrieben hat. Damit tritt dieser Fall so gut wie nie ein, dieses Druckmittel ist eben ausreichend. Gäbe es den immer geleugneten „Klubzwang“ wie beschrieben nicht, müßte ja nicht immer wieder die Rede sein von der „**Abschaffung** des Klubzwangs“....

Naturgemäß ist der Wahrheitsgehalt dieser Praktiken wie geschildert „ohne Gewähr“; man wird wohl kaum einen Abgeordneten finden, der diese öffentlich zugeben wird, da er/sie sich damit selbst diskreditieren würde. Aber eines steht fest: Sollten nicht mindestens **fünf** der 183 Abgeordneten im österreichischen Parlament einen **Antrag auf Volksabstimmung zum EU-Austritt** einbringen - ob geschlossen als Fraktion oder dem eigenen Gewissen anstatt der Parteilinie folgend, kann jeder Bürger sich seine eigenen Gedanken zum „Klubzwang“ machen und zur Bezeichnung „Volksvertreter“. Jeder Antrag im Parlament muß von mindestens **fünf** Abgeordneten unterstützt sein, damit darüber abgestimmt werden muß. Angesichts der großen Zahl von EU-Austritts-Befürwortern in der Gesamtbevölkerung muß sich diese auch im Parlament widerspiegeln - und zwar **bei allen Parteien**. Es sei denn, obige Ausführungen stimmen wirklich!

Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.
Marie von Ebner-Eschenbach

Zur mitgeschickten DVD von Prof. WOHLMEYER zum Thema „HINTERGRÜNDE DER MIGRATIONSWELLE“

Derzeit kommt es sehr darauf an, daß möglichst viele Menschen genauere Informationen zur aktuellen Lage in authentischer Form bekommen können. Deshalb haben wir uns entschlossen, Ihnen den jüngsten Vortrag von Prof. Wohlmeyer und einen Teil der Publikumsdiskussionen dazu per für uns aufwendiger DVD-Produktion zukommen zu lassen, damit Sie sich ein Bild aus erster Hand machen und dieses auch Freunden/Bekannteten/Arbeitskollegen etc. zukommen

lassen können. Diese ca. 130 Minuten lange DVD (Bild und Ton) zum Abspielen auf DVD-Player oder am PC (mit Laufwerk) wurde von Ihnen nicht bestellt; daher haben Sie auch keinerlei Zahlungsverpflichtung dafür. Wir bitten Sie aber dafür um den **freiwilligen** Kostenbeitrag von 9,60 Euro für die Produktionskosten per beiliegendem Zahlschein und danken Ihnen dafür im voraus! Sollte keine DVD beiliegen und Sie diese wünschen, bitte um handschriftlichen Vermerk

„Bestellung“ auf dem Zahlschein; dann senden wir diese im nachhinein so bald wie möglich zu.

Hon.Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Heinrich WOHLMEYER, u.a. Mitglied im Personenkomitee für das EU-Austritts-Volksbegehren, ist übrigens ein Neffe des Staatsvertragskanzlers **Julius Raab** und deshalb ein besonders wertvoller und noch immer sehr aktiver Zeitzeuge der staatspolitischen Entwicklung Österreichs.

Zum tieferen Wert von „Volk“ und „Staat“.

von Inge Rauscher

In Deutschland sind allein heuer **zwei Millionen (!) Menschen** aus aller Herren Länder, die meisten von außerhalb Europas, zugewandert. In ein Land mit schon vorher großem Ausländeranteil: Berlin ist nach Ankara die zweitgrößte türkische Stadt der Welt. In den nächsten Jahren sollen es noch viele mehr werden! In Österreich mit in etwa einem Zehntel der Bevölkerung Deutschlands ist die Lage nicht viel anders: allein heuer betrug die Zahl der offiziell anerkannten Asylwerber über 90.000 mit steigender Tendenz; sie und noch viele mehr, die nirgends erfaßt werden und uns einfach mit Billigung oder besser gesagt **auf Einladung** der „politischen Klasse“ völlig unkontrolliert überrennen, wandern in ein Hochgebirgsland mit begrenzten Siedlungsmöglichkeiten ein, das eine Redkordarbeitslosigkeit und eine Rekord-Staatsverschuldung aufweist.

Wenn diese offensichtlich gesteuerte Lawine **ein** „Gutes“ haben soll, dann dieses, daß wenigstens jetzt mehr Bürger als bisher über den Wert von Volk und Staat, Heimat und Umwelt nachdenken mögen und daraus auch Handlungen ableiten. Weder der **Sozialstaat** noch unser **kulturelles Selbstverständnis** - soweit nicht schon längst vom „American way of life“ und der damit einhergehenden Verrohung der Sitten verformt und zunichte gemacht - werden diesen Angriff überleben, denn um einen solchen handelt es sich, sollten wir es nicht alle gemeinsam schaffen, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Auf die Politiker sollte dabei kein einigermaßen Informierter hoffen! Das schwer gefährdete Österreich als Heimat für den deutschen Kern unseres Staatsvolkes sowie der als Minderheit in unserem Staat anerkannten, über Jahrhunderte historisch gewachsenen Volksgruppen anderer Nationalitäten, wird nur Bestand haben, wenn jeder Ein-

zelne sich dafür mitverantwortlich fühlt und dies auch kundtut wo immer möglich. Reden und Aufstehen statt Schweigen!

*Wo Gefahr ist,
wächst das
Rettende auch!*

Friedrich Hölderlin

Ich erfahre seit dem Ende der **EINTRAGUNGSWOCHE** fürs Volksbegehren Ende Juni dieses Jahres sehr viel internationales Interesse für unsere Zielsetzung des EU-Austritts. Ende August fand ein großer **internationaler Kongreß in der Schweiz** statt, bei dem meine Stellungnahmen zum Volksbegehren über mehrere Tage hinweg ein sehr großes Echo fanden. Als Folge davon bin ich als Rednerin zu einem weiteren **internationalen Kongreß in Serbien** Ende November eingeladen, der von russischen Partnerorganisationen mitveranstaltet wird. Ich nehme solche arbeits- und kostenintensiven Termine natürlich wahr, da sie das Anliegen, um das es uns seit vielen Jahren geht, auch in zahlreichen anderen europäischen Staaten weiterbringt.

In **Berlin** konnte ich mich bei einer von **Jürgen Elsässer** und dem „**compact**“-Magazin organisierten Großveranstaltung Ende Oktober persönlich davon überzeugen, daß viele denkende Deutsche (über tausend zahlende Kongreßbesucher) zum **Widerstand** gegen die Einwanderungslawine bereit sind und auch **Prof. Schachtschneider** als ausgewiesener Experte insbesondere für Staatsrecht diesen Widerstand rechtlich mitträgt. Bei diesem Kongreß sprach sich u.a. der berühmte deutsche Schriftsteller und Dramatiker **Rolf Hochhuth** in einem leidenschaftlichen Ap-

pell für den **Austritt Deutschlands aus der NATO (!)** aus.

Laut neuesten Meldungen kündigte **Ungarn** eine **Gerichtsklage** gegen die EU-Verteilung für „Flüchtlinge“ zwischen allen EU-Ländern nach dem Quotenprinzip an, die am 9. Oktober 2015 in Kraft trat. Die **Slowakei** will die ungarische Initiative, gerichtlich gegen die EU-Flüchtlingspolitik vorzugehen, unterstützen. Wann werden auch Österreichs Politiker erkennen, daß sie nicht auf ewig Handlanger der EU bleiben müssen?!

Finnlands Parlament wird Petition über **Austritt aus der Euro-Zone** erörtern: Eine Petition, in der die finnischen Behörden aufgerufen werden, aus dem Euro-Raum auszusteigen, hat die notwendige Stimmenanzahl erhalten und muß nun vom Parlament erörtert werden, teilte die Rundfunkgesellschaft Yle am 16. November 2015 mit. Die Petition sieht die Anberaumung eines Referendums vor, das über die Mitgliedschaft Finnlands in der Währungsunion zu entscheiden hat. Laut Angaben des Portals www.kansalaisaloite.fi wurde das Referendum bereits von 50.000 Finnen unterstützt. Die Initiative gehe, so Yle, von der Partei Finnisches Zentrum aus, die bei den Parlamentswahlen 2015 gewonnen hat.

Inge Rauscher,
Obfrau der IHU und Bevollmächtigte
des EU-Austritts-Volksbegehrens



WARUM DER EU-AUSTRITT FÜR DEN UMWELTSCHUTZ UNVERZICHTBAR IST.

Zu diesem Thema sprach einer der wenigen **freien** (nicht angestellten) Journalisten Österreichs, **Mag. Klaus Faißner**, bei einer unserer jüngsten Veranstaltungen in Graz. Hier nur einige der belegten Aussagen daraus; mehr darüber in den nächsten WEGWARTE-Ausgaben.

Die in Österreich vor dem EU-Beitritt zulässigen Pestizidrückstände in Obst und Gemüse wurden durch die EU-weite „Angleichung“ um das bis zu tausendfache (!) erhöht.

In welcher Massenzeitung, in welchem Rundfunk- oder Fernsehsender wurde diese unfassbare, drastische Verschlechterung der Lebensmittelqualität jemals so thematisiert, daß sie den davon betroffenen Menschen (wir alle!) überhaupt bewußt werden konnte? Dies trifft auch auf die meisten anderen, nachstehend angeführten Fakten zu.

Mehrere EU-Richtlinien sorgten für die **massive Einschränkung von Heilkräutern und Naturstoffen**:

Gesundheitsbezogene Angaben sind bei Kräuterprodukten nur erlaubt, wenn diese als Arzneimittel registriert bzw. angemeldet sind. Die Kosten belaufen sich auf ca. 17.500 Euro pro Naturstoff. Wenn jemand also einen Hustentee mit sechs Heilkräutern verkaufen will, muß er gut 100.000 Euro für die Anmeldung berappen. Als z.B. „Wundertee“ kann er weiter vermarktet werden (EU-Richtlinie über die Verwendung pflanzlicher und medizinischer Produkte (THMPD)). Dadurch wurde die Zahl der offiziell gehandelten Naturheilmittel alleine in Deutschland von etwa **80.000** im Jahr 1960 auf nunmehr **unter 1.000** reduziert.

Natürliche Biozide müssen genauso angemeldet werden wie z.B. **chemische** Insektenvernichtungsmittel. Für ein harmloses Wildverbissmittel auf der Basis von Quarzsand mußte eine Firma 220.000 Euro ausgeben (EU-Biozidrichtlinie).

Ca. zwei Dutzend **natürliche**, in

ätherischen Ölen enthaltene Duftstoffe, müssen wegen angeblicher Allergiegefahr auf den Verpackungen als potenziell allergen deklariert werden. Tausende **synthetische** Aromastoffe bleiben davon ausgenommen. Völlig ungefährliche Stoffe wie Ringelblume, Johanniskraut, Rotklee und Soja sollten auf Geheiß der US-amerikanischen Kosmetik- und Pharmaindustrie EU-weit verboten werden (EU-Kosmetikrichtlinie). Nur mit enormem Einsatz konnten engagierte Naturstoffverteidiger Schlimmeres verhindern.

Naturstoffe sollen ähnlich geprüft werden wie chemisch-synthetische Mittel. Das führt so weit, daß in Frankreich kurzerhand sogar die Brennesseljauche verboten wurde, ein völlig harmloser, altbewährter Dünger. Dabei wird außer Acht gelassen, daß sich Naturstoffe in der Praxis über Jahrhunderte und Jahrtausende als sicher erwiesen haben.

EURATOM-VERTRAG:

Vor der EU-Beitrittsabstimmung von 1994 wurde den Österreichern kaum bewußt gemacht, daß die Mitgliedschaft bei der „Europäischen Union“ auch die Mitgliedschaft bei der „Europäischen Atomgemeinschaft“, dem sogenannten EURATOM-Vertrag, bedeutet. Ziel desselben ist es, „die Voraussetzung für die **Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie** zu schaffen“. Der verpflichtende, **jährliche** Mitgliedsbeitrag dafür (seit nunmehr über 20 Jahren!) beträgt für Österreich mindestens 20 Millionen Euro, kolportiert werden bis zu 100 Millionen Euro (1, 4 Milliarden ÖS). Nach der EURATOM-Richtlinie 2011/70 muß Österreich einen Aktionsplan umsetzen, der unter anderem die Ausweisung eines **Atom-müll-Restmüll-Lagers** vorsieht, eine Frist dafür bis 2030 ist gesetzt. Auch ausländischer Atom-müll könnte hier landen.

GENTECHNIK

Die von der EU verordnete „**Freiheit des Warenverkehrs**“ verlangt, daß ein einmal zugelassener

gentechnisch veränderter Organismus in keinem Land verboten werden darf – weder beim Anbau noch beim Import. Nur wenn die **Europäische Nahrungsmittelbehörde EFSA** gesundheitliche Risiken feststellen würde, könnten Gentechnikpflanzen aus dem Verkehr gezogen werden. Jedoch ist die EFSA **durchzogen von Wissenschaftlern mit besten Kontakten zur Gentechnikindustrie**, besonders in den Führungsebenen. So arbeitete der wissenschaftliche Chef der EFSA-Gentechnikabteilung **Harry Kuiper** auch für das EU-Programm ENTRANSFOOD, dessen Ziel die erleichterte Gentechnik-Zulassung war, und für die **Industrie-Lobbyorganisation ILSI**. Mitglieder der maßgeblichen ILSI-Arbeitsgruppen sind BASF, Bayer, Dow, Monsanto, DuPont und Syngenta. Die EFSA-Verwaltungsrats-Vorsitzende Diána Bánáti wechselte 2012 direkt zu ILSI.

„**Opt out**“: Länder können sich im Anbau als gentechnikfrei deklarieren – müssen aber Gentechnikkonzerne darum bitten.

Die von Lobbyisten durchgesetzte EU-Nahrungsmittelbehörde EFSA kostet die Steuerzahler 78 Mio. Euro pro Jahr, für **jede Vorstandssitzung** fließen alleine durchschnittlich **92.630 Euro**, das sind 6.175 Euro pro Mitglied.

Patente: totale Kontrolle über die Nahrung

Jeder genmanipulierte Organismus ist patentiert wie eine Erfindung. Das ist kein Zufall, denn mit Patenten auf Leben ist es möglich, unfassbare Macht zu erlangen: „Wir wollen die weltweite Nahrungsvorsorgung kontrollieren“, plauderte Kirk Azevedo, Ex-Mitarbeiter des Gentechnikkonzerns Monsanto, das Ziel des Unternehmens aus.

„**Beherrsche die Energie und Du beherrscht die Nationen. Beherrsche die Nahrung und Du beherrscht die Menschen.**“

Fortsetzung auf Seite 7

Bürgerinitiative zur Unterstützung der Landesverteidigung gestartet.

STOP DER BUNDESHEER-ZERSTÖRUNG!

von Mag. Markus Lechner, Oberst a.D.

Im Sommer 2015 hat sich ein Dachverband der wehrpolitischen Vereine Österreichs gebildet und eine **Unterschriftenaktion** gestartet, die ich den WEGWARTE-Lesern hiermit zur Kenntnis bringen möchte - siehe **umseitige** Unterschriftenliste. Alle, die der offensichtlichen Demontage des österreichischen Bundesheeres nicht länger tatenlos zusehen wollen, sind herzlich eingeladen, dabei mitzumachen: diese „parlamentarische Bürgerinitiative“ selbst zu unterschreiben und die Listen weiterzuverbreiten. Die Organisatoren von der „Plattform Wehrhaftes Österreich“ führen dazu näher aus (Auszug):

„Es scheint, als ob unter dem Deckmantel des Sparzwanges die Regierungsparteien zügig Tatsachen schaffen, welche nicht mehr dem **Neutralitätsgesetz** und der **Bundesverfassung** entsprechen. Und das, obwohl derzeit massive Krisen Europa bedrohen. In der Ukraine wird Krieg geführt. Großmanöver Rußlands und der NATO erinnern an Zeiten des Kalten Krieges. Im Nahen Osten sind Bürgerkriege der Nährboden der Terror-Miliz „Islamischer Staat“, die ein Kalifat errichten möchte, das bis weit nach Europa reichen soll (und auch Österreich umfaßt). Der Balkan ist noch immer eine Region der Instabilität. Die Ströme der Kriegsflüchtlinge und die Massenmigration sind Vorboten einer neuen Völkerwanderung, die die soziale Ordnung in Österreich und ganz Europa vor große Herausforderungen stellen wird. Wir dürfen daher nicht die Augen verschließen und die Realität verleugnen. Österreich braucht neben

der Polizei auch ein einsatzfähiges Bundesheer, das als Sicherheitsinstrument der Republik seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann.“

Deren wichtigste lauten wie hier abgedruckt (siehe Kasten).

Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs:

(1) Zum Zweck der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Artikel 9a. der österreichischen Bundesverfassung (Auszug):

(1) Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung. Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. Hierbei sind auch die verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen.

(2) Zur umfassenden Landesverteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung.

Bitte unterstützen Sie diese Bürgerinitiative! Unterschreiben Sie selbst und sammeln Sie weitere Unterschriften, wo immer Ihnen dies möglich ist. Trennen Sie dieses Blatt aus der WEGWARTE heraus und verbreiten es weiter! Senden Sie ausgefüllte Listen bitte an meine Adresse:

Mag. Markus Lechner, 5020 Salzburg, Beethovenstr. 38/1

Diese werden gesammelt der „Plattform Wehrhaftes Österreich“ persönlich übergeben. Listen und weitere Informationen dazu können auch den Internet-Seiten www.oelog.at sowie www.uogs.at entnommen werden.

Bitte wenn möglich **bis Ende Dezember 2015** einschicken!

Mag. Markus Lechner,
Mitglied im Personenkomitee des
überparteilichen EU-AustrittsVolksbegehrens

„Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin - dann kommt der Krieg zu Euch!
Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, und läßt andere kämpfen für seine Sache, der muß sich vorsehen: Denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage. Nicht einmal Kampf vermeidet, wer den Kampf vermeiden will, denn es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.“

Bertolt Brecht

bitte wenden



DER BUNDESHEER-ZERSTÖRUNG!

Für ein sicheres Österreich!

| Vor- und Zuname | Anschrift mit PLZ / Ort | Geburts-Datum | Datum der Unterzeichnung | Unterschrift |
|-----------------|-------------------------|---------------|--------------------------|--------------|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

Angesichts von Masseneinwanderung und Flüchtlingsströmen, zunehmender Terrorgefahr (Angriffe durch Terrormiliz IS), Kriegen an den Grenzen Europas und Konflikten am Balkan fordern die Unterzeichner

- 1. Wiederherstellung eines einsatzfähigen Bundesheeres zum Schutz der Bevölkerung und unserer Grenzen**
- 2. Erhalt und Förderung der Wehrhaftigkeit der Bevölkerung (umfassende Landesverteidigung und Milizprinzip)**
- 3. Moderne Ausrüstung und Bewaffnung für jeden Soldaten**
- 4. Stopp des Ausverkaufs von Waffen, Fahrzeugen und Liegenschaften**
- 5. Stopp des finanziellen Ausblutens des Bundesheeres**
- 6. Verankerung des Bundesheeres in der Bevölkerung durch öffentliche Auftritte und Erhalt der Militärmusik**

bitte wenden

Fortsetzung von Seite 4

Dieser, dem einflußreichen Ex-US-Außenminister Henry Kissinger nachgesagte Spruch, ist aktueller denn je.

Seit 1998 sind in der EU Patente auf Leben erlaubt. Ein „Verbrechen“ nannte dies Erwin Chargaff, der mit seinen Entdeckungen die Genforschung erst möglich machte. Im **EU-Vertrag von Lissabon** wurde ein **EU-weit einheitliches Patent** beschlossen – womit auch bei diesem Thema die Nationalstaaten entmachtet sind. In Deutschland und Österreich stimmten Sozialdemokraten, Konservative und Grüne dafür. Mit TTIP soll ein weiterer Schritt in Richtung **Welt-patent** gesetzt werden. Je internationaler die Patentgesetzgebung, desto besser für Monsanto & Co.: Patente auf Leben werden billiger und gelten auf Knopfdruck in vielen Ländern gleichzeitig.

Widerstand wirkt

Patente auf Schweine, **Milch-kühe**, Blütengene und Tierzucht konnten – wie viele andere auch – durch den Protest von Aktivisten verhindert werden. Sogar immer mehr (nationale) Parlamentsinitiativen drängen auf das Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere. Doch solange Patente auf Leben auf EU-Ebene geregelt und erlaubt sind, werden die Initiativen wirkungslos verpuffen.

EU-Agrarpolitik läßt Kinder verhungern

Die niederländische **Großmol-kerie Campina** erhielt zwischen 1999 und 2004 **unglaubliche 655 Mio. Euro Exportsubventionen**. Mit diesen Geldern konnten Campina, **Nestlé & Co.** ihre Kassen auffüllen. Zusätzlich wurden – mit Steuergeldern – Millionen Bauern in Afrika in die Flucht getrieben. Denn sie konnten wegen der billigen europäischen Ware ihre Produkte nicht mehr verkaufen. Für Jean Ziegler handelt es sich um eine

im Wortsinn „**mörderische EU-Agrarpolitik**“, die ein Hauptgrund für hungernde und verhungerte Kinder sei. EU-Agrarsubventionen für andere Zwecke erhielten u.a. Red Bull (7,2 Mio. Euro alleine 2009), VW, BASF und der Panzerhersteller Rheinmetall, der 2007 und 2009 insgesamt 132.000 Euro kassierte.

Zur Gemeinsamen „Agrarpolitik“ der EU (GAP): Ziel ist es, „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern“. Diese Vorgabe besteht seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses und sei „**lebensverachtendes Denken**“, wie der langjährige Vorstand des Instituts für Nutztierwissenschaften an der Boku Wien, **Alfred Haiger**, erklärt. Dies führe zu Aussagen wie diesen:

- „**Ob unsere Nahrung auf dem Felde gewachsen, vom Tier erzeugt oder durch eine technische Fabrik synthetisch gewonnen wird, ist ernährungs-physiologisch unerheblich, ... falls sie nur alle erforderlichen Nährstoffe enthält.**“ formulierte EU-Bürokrat Günther Thiede 1975.

- „Der **Binnenmarkt** muß als solcher begriffen werden, dadurch wird die Produktion effizienter.“ schrieb Klaus Dieter Borchardt, Kabinettschef der EU-Agrarkommission, 2007. Deutschland als EU-Weizenland, Frankreich zuständig für Mais, Holland für die Schweine? Auch gebe es „**keinen Artenschutz für Tante-Emma-Bauernhöfe**“, heißt es in seinem Artikel.

- „Die Ängste, daß beim **Wegfall der Milchquote** vor allem kleinere Höfe Probleme bekommen, sind nicht ganz unbegründet“, so Borchardt. Die Folge: Rasantes „**Bauernsterben**“ seit dem Auslaufen am 31. März 2015!

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit 25 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verläßlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

.....

WEGWARTE 25. Jahrgang, Folge 6, Dezember 2015

Zulassungsnummer "02Z033544S" - Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,

Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net

Spendenkonto: PSK, IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW

Eintritt: freie Spende

Einladung zum öffentlichen
Informations- und Diskussionsabend

VÖLKERWANDERUNG UND STAATSVERSAGEN: Destabilisierung im Namen der „Neuen Weltordnung“?

am **Mittwoch, 16. Dezember, um 19 Uhr**

in **ALTLENGBACH** bei Wien

(an der Westautobahn A-1 bzw. Westbahn zwischen St. Pölten und Wien)

im **Hotel „STEINBERGER“, Hauptstraße 52**

Autobahnabfahrt „Altlingbach“ (in beiden Richtungen), Bahnstation „Eichgraben-Altlingbach“, von dort ca. 2 km entfernt, Abholdienst vom Bahnhof um 18.30h (und später wieder dorthin retour)
Übernachtungsmöglichkeit im Hotel: Tel. 02774/2289, E-mail: reservierung@hotel-steinberger.at

Es spricht:

Univ.Prof.i.R. Dr. DDr.hc. Hans KÖCHLER
Präsident der „International Progress Organization“ (Wien)

Moderation: **Inge Rauscher**, Obfrau der IHU

Hans KÖCHLER war jahrzehntelang ordentlicher Professor an der Universität Innsbruck. Auf internationaler Ebene bemühte er sich u.a. um die Demokratisierung der UNO, befaßte sich mit dem Unterschied zwischen terroristischen Organisationen und nationalen Befreiungsbewegungen, und war Mitverfasser des „Appells von Juristen gegen den Atomkrieg“. Er schrieb zahlreiche Sachbücher, darunter „Philosophie - Recht - Politik“ (1985), „Democracy and the International Rule of Law“ (1995), „Force or Dialogue“ (2015). In einem kürzlich im Internet unter <https://helmutmueller.wordpress.com/2015/1024/diese-politik-muesste-man-sofort-acta-legen/> veröffentlichten **Interview** führte Prof. Köchler u.a. (Auszug/Zitate) folgendes aus:

„..... Die europäischen Staaten müßten endlich bereit sein, das zu tun, was sie gemäß der Verfassung und gemäß der Definition der Staatlichkeit vorrangig zu tun haben - nämlich **das Territorium des jeweiligen Staates zu schützen**. Die Behörden müssen sicherstellen, daß die Grenzen nicht von einer beliebigen Zahl von Menschen unkontrolliert überschritten werden können. Das ist eine ganz wesentliche Funktion eines Staates. Wenn in einem Staat nicht sichergestellt ist, daß es Kontrolle über das Territorium mit der Aussicht auf Dauer gibt, dann erfüllt dieses Gemeinwesen nicht das Kriterium, als Staat definiert zu werden - ein altes **völkerrechtliches Prinzip**. Die weiteren Schritte, die es zu setzen gäbe, bestünden in der Zusammenarbeit, d.h. im **koordinierten Handeln aller europäischen Staaten**. Es ist offensichtlich, daß der organisatorische Rahmen in Gestalt der EU

auf allen Linien kläglich versagt hat.“

„Was die Beziehungen zwischen **islamischer und westlicher Welt** betrifft, so ist entscheidend, daß in dem **Dialog**, von dem gesprochen wird, jeder bereit ist, auf der Grundlage seiner Selbstbestimmung und seiner **Identität** mit dem anderen das Gespräch zu führen. Das heißt nicht, daß z.B. die Menschen in den westlichen Ländern, wenn sie glaubwürdig einen Dialog führen wollen, gezwungen wären, die Menschen aus dem anderen Bereich bei sich aufzunehmen, wie man auch den Menschen in den Ländern der islamischen Zivilisation nicht zumuten kann, daß dort die westlichen säkularen Werte implantiert werden. **Würde man dies verlangen, würde man die Idee des Dialoges als solchen negieren.**

Denn letztlich geht es darum - und dies habe ich bereits vor mehr als vierzig Jahren ausgearbeitet und der UNO als „**Dialog der Zivilisationen**“ vorgeschlagen -, daß das identitätsstiftende kulturelle Selbstverständnis sich entwickelt, indem man sich **in Bezug zu setzen und abzugrenzen** imstande ist von einem anderen Selbstverständnis und Welthorizont. Dies ist es, was ich mit „Dialektik des kulturellen Selbstverständnisses“ meine. Das Ziel ist also nicht eine Vermischung, sondern die Herausbildung eines reifen Selbstverständnisses in Interaktion mit anderen Kulturen. Die großen Zivilisationen der Weltgeschichte hatten dann Bestand, wenn sie in der Lage waren, sich in Bezug zu setzen zu anderen. Wenn sie diese Fähigkeit verloren haben, dann haben sie schon den eigenen Untergang besiegelt.“